

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 33/75

Berlin

14. August 1975

42. Jahrgang

H. Glin

Bundeshaushalt 1975: Defizit nimmt konjunkturbedingt zu

Der Haushaltsvollzug des Bundes war im ersten Halbjahr 1975 durch hohe Ausgabensteigerungen (+ 24 vH) bei sinkenden Einnahmen (– 3,5 vH) gekennzeichnet. Mit 22 Mrd. DM erreichte die Finanzierungslücke bereits zur Jahresmitte eine Größenordnung, die im Bundeshaushaltsplan nahezu für das gesamte Jahr veranschlagt worden war. Konjunkturbedingte Steuerausfälle und zusätzliche Belastungen auf der Ausgabenseite, insbesondere die erhöhten Zuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit, werden das Defizit des Bundes bis zum Jahresende auf rund 40 Mrd. DM emporschnellen lassen. Die finanziellen Auswirkungen des neuen Konjunkturprogramms, das von der Bundesregierung vorbereitet wird, sind dabei noch nicht berücksichtigt.

Die in die Haushaltsentwürfe von Bund, Ländern und Gemeinden eingestellten Einnahmeansätze basieren auf der Prognose des „Arbeitskreises Steuerschätzung“ vom November 1974. Damals wurden für 1975 Steuereinnahmen von mehr als 256 Mrd. DM (+ 7 vH) veranschlagt. Noch im März 1975 war diese Zuwachsrate nach einer Überprüfung lediglich auf 5,8 vH zurückgenommen worden: Bei nur geringfügig revidierten gesamtwirtschaftlichen Eckdaten wurde mit einem Aufkommen von 253 Mrd. DM gerechnet. Inzwischen ist jedoch abzusehen, daß die Steuereinnahmen mit voraussichtlich 239 Mrd. DM sogar unter dem Vorjahrsniveau liegen werden. Die jüngste Wirtschaftsentwicklung hat bestätigt, daß die Hoffnungen auf eine baldige konjunkturelle Belebung verfrüht waren. Die expansiven Nachfragewirkungen aus der Steuerentlastung und der befristeten Investitionszulage waren weit schwächer als erwartet: Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland bewegt sich im Sommer 1975 weiterhin auf der Talsohle; das nominale Bruttosozialprodukt wird 1975 nur noch um 4 vH über dem Niveau des Vorjahres liegen.

Stagnierende Steuereinnahmen . . .

Die rezessive Wirtschaftsentwicklung in den ersten sechs Monaten dieses Jahres wird unmittelbar in

den Einnahmen des Staates deutlich. Während bei den Ländern bis Juni noch geringe Steuermehreinnahmen (+ 1 vH) zu verzeichnen waren, blieb das Steueraufkommen des Bundes um 3,5 vH unter dem Vorjahr. Die Aussichten dürften für das ganze Jahr 1975 kaum besser sein. Gegenüber den Haushaltsentwürfen sind Steuerausfälle von rund 17 Mrd. DM zu erwarten — ein Betrag, der sich voll im Finanzierungsdefizit der Gebietskörperschaften niederschlägt.

Die höchsten Steuerausfälle wird der Bund hinnehmen müssen. Die Deckungslücke durch konjunkturbedingte Mindereinnahmen wird allein um fast 10 Mrd. höher ausfallen als im Haushaltsentwurf ausgewiesen. Voraussichtlich werden die Steuereinnahmen des Bundes 1975 mit 117 Mrd. DM das Vorjahresniveau um 2 vH unterschreiten. Neben den steuerreform- und konjunkturbedingten Ausfällen erklärt sich dieser Rückgang auch damit, daß die EG in diesem Jahr erstmals einen eigenen Anteil an der Umsatzsteuer in Höhe von 3 Mrd. DM zu Lasten des Bundes erhält. Dem steht allerdings eine annähernd gleich hohe Entlastung auf der Ausgabenseite gegenüber. Die Erhöhung des Länderanteils an den Steuern vom Umsatz um einen Prozentpunkt schlägt mit 500 Mill. DM zu Buche. Auch den Ausgleich der Steuerreformlasten zwischen den Gebietskörper-

Entwicklung und Vorausschätzung des Steueraufkommens in der Bundesrepublik Deutschland 1972 bis 1975

	Steueraufkommen in Mrd. DM				Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in vH		
	1972	1973	1974	1975 ¹⁾	1973	1974	1975 ¹⁾
Gemeinschaftliche Steuern	130,57	150,10	162,89	162,7	+ 15,0	+ 8,5	± 0
Steuern vom Umsatz ²⁾	46,98	49,49	51,17	53,0	+ 5,3	+ 3,4	+ 3,5
Lohnsteuer	49,77	61,25	71,96	71,0	+ 23,1	+ 17,5	- 1,5
Übrige Steuern vom Einkommen ³⁾	33,82	39,36	39,76	38,7	+ 16,4	+ 1,0	- 2,5
Sonstige Steuern	66,43	74,70	76,75	76,3	+ 12,4	+ 2,7	- 0,5
Bundessteuern ⁴⁾	33,09	37,27	37,31	36,4	+ 12,6	+ 0,1	- 2,5
Ländersteuern	10,88	11,49	11,79	12,1	+ 5,6	+ 2,6	+ 2,5
Gemeindesteuern ⁵⁾	21,08	24,64	26,35	26,6	+ 16,9	+ 6,9	+ 1
LAG-Abgaben	1,38	1,30	1,30	1,2	+ 5,8	± 0,0	- 7,5
Steuereinnahmen insgesamt ⁶⁾	197,00	224,80	239,64	239,0	+ 14,1	+ 6,6	- 0,5
darunter:							
Bund ⁷⁾	101,71	114,95	119,41	117,3	+ 13,0	+ 3,9	- 2
Länder ⁸⁾	69,30	79,20	86,39	84,4	+ 14,3	+ 9,1	- 2,5
Gemeinden ⁹⁾	23,07	27,19	29,78	30,1	+ 17,9	+ 9,5	+ 1

¹⁾ DIW-Schätzung. — ²⁾ Beteiligungsverhältnis Bund/Länder: 1972 und 1973 = 65/35 vH; 1974 = 63/37 vH; 1975 = 62/38 vH. Nach der Revisionsklausel erhält der Bund rückwirkend zum 1. Januar 1975 einen Anteil von zusätzlich 6,25 vH der Steuern vom Umsatz zu Lasten der Länder. — ³⁾ Veranlagte Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag. — ⁴⁾ Einschl. Zölle (100 vH). — ⁵⁾ Einschl. Gewerbesteuer vor Abzug der Gewerbesteuerumlage. — ⁶⁾ Ohne Stabilitätzuschlag und Investitionssteuer. — ⁷⁾ Die Steuereinnahmen des Bundes sind 1974 und 1975 um 1,5 vH der Steuern vom Umsatz für Ergänzungszuweisungen gekürzt, die der Länder um diesen Betrag erhöht worden. — ⁸⁾ Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten. — ⁹⁾ Ohne Gemeindesteuern der Stadtstaaten.

schaften (Revisionsklausel) hat der Bund nicht in gewünschter Höhe durchsetzen können. Statt der geforderten 5,34 Mrd. DM — im Haushaltsentwurf in voller Höhe berücksichtigt — wird der Bund nur 3,3 Mrd. DM (6,25 vH der Steuern vom Umsatz) für 1975 erhalten.

. . . bei absolutem Rückgang der Lohnsteuer

Die gemeinschaftlichen Steuern, die mehr als zwei Drittel der Bundeseinnahmen ausmachen, werden in diesem Jahr voraussichtlich stagnieren. Die Lohnsteuer wird dabei mit einem Aufkommen von 71 Mrd. DM sogar erstmals seit 1960 unter den Kasseneingängen des Vorjahres bleiben. Die Mindereinnahmen belaufen sich auf fast 11 Mrd. DM; davon entfallen auf den Bund 4,7 Mrd. DM. Entscheidend für diesen Rückgang ist die starke Verlangsamung der allgemeinen Einkommensexpansion; die Bruttolohn- und gehaltsumme wird nicht, wie in der Jahreszielprojektion erwartet, um mehr als 8 vH, sondern voraussichtlich nur um 3 bis 4 vH zunehmen. Als aufkommensmindernde Komponenten wirken neben der hohen Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter sowie dem Abbau von Überstunden auch die steigenden Erstattungsbeträge aus dem Lohnsteuerjahresausgleich 1974. Die aktuelle Entwicklung der Lohnsteuer zeigt überdies, daß der quantitative Einfluß der Steuerreform bei den bisherigen Prognosen offenbar unterschätzt worden ist. Die gesamte steuerliche Entlastung der Lohnsteuerpflichtigen — ursprünglich mit 2,3 Mrd. DM angesetzt — wird sich voraussichtlich auf mindestens 3 bis 4 Mrd. DM belaufen. Obwohl die Bruttoeinkommen in den ersten 6 Monaten die-

ses Jahres immerhin noch um gut 4 vH zugenommen haben, blieben die kassenmäßigen Einnahmen hinter dem Vorjahrsergebnis zurück (- 0,5 vH). In periodengerechter Abgrenzung — die Lohnsteuerabzüge auf die Bruttoeinkommen werden einen Monat später kassenwirksam — sieht das Ergebnis um ein Vielfaches schlechter aus: Die Kasseneingänge von Februar bis Juli, auf die sich das neue Steuerrecht bereits voll auswirkte, lagen um fast 1 Mrd. DM (- 3,1 vH) unter dem Niveau des Vorjahres.

Die besonders konjunkturabhängigen Einkommen- und Gewinnsteuern reagierten schon seit Ende 1974 deutlich auf die rezessive Entwicklung. Die Unternehmer passen sich offenbar weiterhin mit ihren Vorauszahlungen an die sich verschlechternde Ertragslage an. Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer haben sich, nachdem sie im Dezember 1974 und März 1975 (Vorauszahlungsmonate) um 7 bzw. 8 vH zurückgegangen waren, im Juni 1975 sogar um 13,5 vH verringert. Ein Teil der Mindereinnahmen läßt sich allerdings auch auf das Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung zurückführen. Bei der veranlagten Einkommensteuer war die rückläufige Entwicklung nicht so ausgeprägt. Die Vorauszahlungen, die im März dieses Jahres ein Minus von 1,5 vH erbrachten, stagnierten im Juni. Insgesamt dürften die veranlagte Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer und auch die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag 1975 um mindestens 2 vH abnehmen. Von den Mindereinnahmen gegenüber den ursprünglichen Ansätzen (2 Mrd. DM) muß der Bund knapp die Hälfte tragen.

Als einzige der gemeinschaftlichen Steuern dürften die Steuern vom Umsatz 1975 Mehreinnahmen erbringen. Bei der Mehrwertsteuer hat sich die seit dem Sommer 1973 bestehende Diskrepanz zwischen der Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Umsätze und dem Steuereingang etwas abgeschwächt. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres hat die Mehrwertsteuer erstmals wieder Mehreinnahmen (+ 2,8 vH) erbracht. Bei der Einfuhrumsatzsteuer ist dagegen ein erheblicher Einbruch zu beobachten. Der Anstieg hat sich von 21 vH (1. Hj. 1974) auf knapp 2 vH verringert. Insgesamt ist das Aufkommen der Steuern vom Umsatz (ohne Investitionssteuer) um 2,5 vH gestiegen. Wenn die Mehrwertsteuer weiterhin in gleichem Ausmaß hinter der nominalen Bemessungsgrundlage zurückbleibt, wird das Aufkommen 1975 den Vorjahresstand höchstens um 3,5 vH übertreffen.

Aus den speziellen Verbrauchsteuern kann der Bund 1975 Mehreinnahmen in einer Größenordnung von knapp 1 Mrd. DM erwarten, die jedoch die aus dem Wegfall der Ergänzungsabgabe entstehende Lücke bei den übrigen Bundessteuern nicht schließen können; die reinen Bundessteuern dürften insgesamt um 3 vH hinter dem Vorjahrsergebnis zurückbleiben.

Starker Anstieg der Transferausgaben

Bis zur Jahresmitte hat der Bund — im Gegensatz zur früher geübten Praxis — bereits die Hälfte des geplanten Haushaltsvolumens verausgabt (+ 24 vH). Die zweite Jahreshälfte läßt einen ähnlich hohen Anstieg im Vorjahresvergleich erwarten.

Die Neuregelung des Kindergeldes hat sich in einer nachhaltigen Änderung der Ausgabenstruktur niedergeschlagen. Im Haushaltsplan waren für diesen Zweck 9,8 Mrd. DM vorgesehen. Dieser Betrag wird jedoch um fast 500 Mill. DM aufgestockt werden müssen, weil die tatsächliche Beanspruchung höher ist als ursprünglich erwartet. Von der Auszahlung des Kindergeldes erhofften sich die konjunkturpolitischen Instanzen eine spürbare Belebung des privaten Verbrauchs. Die Nachfragewirkungen haben jedoch bisher enttäuscht; ein großer Teil dieser zusätzlichen Einkommen der privaten Haushalte wurde gespart.

Geprägt wurde der Ausgabenzuwachs auch durch die unerwarteten Liquiditätshilfen an die Bundesanstalt für Arbeit, die — bedingt durch die unveränderte hohe Arbeitslosigkeit — auf finanzielle Hilfen des Bundes angewiesen ist. Der Bundeshaushalt sah für das laufende Jahr einen Zuschuß von 3,2 Mrd. DM vor. Dieser Ansatz ging für den Jahresdurchschnitt 1975 von 730 000 Arbeitslosen, 400 000 Kurzarbeitern sowie 110 000 Empfängern von Unterhaltsgeld aus. Bereits im ersten Halbjahr waren jedoch schon 4 Mrd. DM Bundeszuschüsse erforderlich, um die Zahlung

der Arbeitslosengelder sicherzustellen. Inzwischen werden in den Beratungen über einen Nachtragshaushalt der Bundesanstalt für Arbeit 1,1 Mill. Arbeitslose und 800 000 Kurzarbeiter im Jahresdurchschnitt unterstellt. Dies bedeutet für das ganze Jahr eine Erhöhung der Bundeshilfe auf über 8 Mrd. DM: 5,8 Mrd. DM sollen als laufende Zuschüsse und der Rest in Form eines Darlehens aus der Bundeskasse finanziert werden. Möglicherweise sind auch diese Beträge noch zu niedrig, denn die Gefahr einer extrem hohen Winterarbeitslosigkeit ist groß.

Aus den zunehmend größer werdenden Verlusten der Bundesbahn entstehen dem Bundeshaushalt zusätzliche Risiken. Zwar wurden bis zur Jahresmitte erst 3,65 Mrd. DM der im Haushalt eingestellten Mittel in Höhe von 8,58 Mrd. verausgabt, doch nehmen die Zuweisungen und Zuschüsse zum Jahresende erfahrungsgemäß stark zu. Die Regierung schätzt dabei den nicht mit Bundeszuwendungen gedeckten Verlust der Bundesbahn, der über den Kapitalmarkt zu finanzieren wäre, für 1975 auf 4,2 Mrd. DM. Wahrscheinlich ist dieser Betrag noch zu niedrig angesetzt, so daß dem Bundeshaushalt zusätzliche Belastungen in Höhe von ein bis zwei Milliarden DM entstehen könnten.

Insgesamt werden die überplanmäßigen Mehraufwendungen des Bundes eine Größenordnung von 8 Mrd. DM erreichen. Die Möglichkeiten für gravierende Einsparungen bei anderen Ausgabetiteln zum Ausgleich dieser Belastungen sind begrenzt; konjunkturpolitisch wären sie überdies schädlich.

Anstieg der konsumtiven Ausgaben deutlich gebremst

Gegenüber den Vorjahren hat sich die Expansion der Personalausgaben und des laufenden Sachaufwands deutlich abgeschwächt. Für die Personalausgaben ist im Haushaltsplan eine Steigerung um 7 vH auf 25,7 Mrd. DM vorgesehen; im ersten Halbjahr hielt sich unter Berücksichtigung der einmaligen Zahlung von 100 DM die Zunahme in diesem Rahmen (+ 7,3 vH). Die hohe Arbeitslosigkeit hat auch das Klima der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst beeinflußt. Die Einkommen der Beamten, Angestellten und Arbeiter werden 1975 tarifbedingt mit 6,3 vH deutlich schwächer steigen als im Vorjahr (11 vH). Trotz der in diesem Jahr voll wirksam werdenden Arbeitszeitverkürzung ist es dem Bund offenbar gelungen, nicht über den Beschäftigtenstand des Vorjahres hinauszugehen; bis zum Jahresende sollen sogar 950 Planstellen eingespart werden.

Auch die Entwicklung des laufenden Sachaufwands läßt eine sparsame Haushaltsführung erkennen. Bis zur Jahresmitte blieb die Zunahme mit 7,5 vH unter dem Haushaltsansatz 1975 (+ 8,7 vH). Ausschlaggebend hierfür waren einmal die relativ mäßigen Mehrausgaben für militärische Beschaffungen (+ 4 vH), zum

Einnahmen und Ausgaben des Bundes

	1973	1974	1975	1973				1974				1975		1973	1974	1975	1974				1975	
	Ist-Ergebnis		Soll	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II				I	II	III	IV	I	II
	in Mrd. DM												Veränderungen gegenüber Vorjahr in v H									
Einnahmen	118,38 ¹⁾	122,79 ³⁾	129,44 ³⁾	27,32	27,26	28,80	35,01	27,77	28,31	30,41	36,29	27,47	26,67	11,7	3,7	5,4	1,6	3,9	5,6	3,7	- 1,1	- 5,8
Steuern ⁵⁾	114,96 ²⁾	119,41 ⁴⁾	126,67 ⁴⁾	26,32	26,32	28,49	33,83	26,78	27,65	29,65	35,33	26,53	25,64	13,0	3,9	6,1	1,7	5,1	4,1	4,4	- 0,9	- 7,3
Sonstige Einnahmen	4,03	4,13	3,60	1,00	0,93	0,91	1,18	1,15	0,89	0,93	1,15	1,16	0,81	-4,5	2,5	-12,8	15,0	- 4,3	1,1	- 2,5	0,9	- 9,0
Ausgaben	121,76	133,25	155,15	28,49	28,70	28,72	37,85	31,11	30,13	32,58	39,43	38,73	37,24	9,6	9,4	16,4	9,2	12,8	13,4	4,2	24,5	23,6
Personalausgaben	21,27	24,03	25,71	5,87	4,94	5,00	5,46	6,40	5,72	5,68	6,23	6,70	6,30	12,2	13,0	7,0	9,0	15,8	13,6	14,1	4,7	10,1
Aktivitätsbezüge	15,98	18,32	19,66	4,29	3,70	3,75	4,24	4,70	4,43	4,36	4,83	4,98	4,79	12,7	14,6	7,3	9,6	19,7	16,3	13,9	6,0	8,1
Versorgung	5,29	5,71	6,05	1,58	1,23	1,25	1,22	1,70	1,29	1,32	1,40	1,70	1,51	10,7	7,9	6,0	7,6	4,9	5,6	14,8	0,0	17,1
Laufender Sachaufwand	18,54	20,49	22,27	3,76	3,76	4,14	6,88	3,61	4,57	4,72	7,59	3,89	4,90	11,5	10,5	8,7	- 4,0	21,5	14,0	10,3	7,8	7,2
dar. Militär, Beschaffungen	10,20	10,97	11,55	2,15	2,04	2,13	3,88	1,77	2,38	2,42	4,40	1,89	2,43	12,9	7,5	5,3	-17,7	16,7	13,6	13,4	6,8	2,1
Zinsausgaben	3,33	4,23	5,81	1,03	0,69	0,75	0,86	1,37	0,73	1,03	1,10	1,68	1,14	17,6	27,0	37,4	33,0	5,8	37,3	27,9	22,6	56,2
Lfd. Zuweisungen u. Zuschüsse	55,33	60,11	73,34	14,88	12,72	13,34	14,39	16,63	14,34	14,88	14,26	20,74	18,90	9,6	8,6	22,0	11,8	12,7	11,5	- 0,9	24,7	31,8
an Gebietskörperschaften	12,31	12,86	14,94	3,17	3,04	2,90	3,20	3,25	3,31	2,97	3,33	3,75	3,87	10,1	4,5	16,2	2,5	8,9	2,4	4,1	15,4	16,9
Sozialversicherung	15,15	19,03	20,72	5,33	3,44	3,69	2,69	6,20	4,78	4,74	3,31	6,85	6,82	2,8	25,6	8,9	16,3	39,0	28,5	23,0	10,5	42,7
Renten, Unterstützungen	10,63	11,46	22,34	3,30	2,68	2,62	2,03	3,50	2,82	2,88	2,26	6,25	5,62	4,5	7,8	94,9	6,1	5,2	9,9	11,3	78,6	99,3
Unternehmen	11,56	11,46	11,15	1,85	2,08	2,45	5,18	2,30	2,42	3,03	3,71	2,80	1,99	18,6	- 0,9	- 2,7	24,3	16,3	23,7	-28,4	21,7	-17,8
Ausland	4,96	4,52	3,32	1,09	1,22	1,53	1,12	1,24	0,74	1,07	1,47	0,92	0,58	26,0	- 8,9	-26,5	13,8	-39,3	-30,1	31,3	-25,8	-21,7
Sonstige	0,72	0,78	0,87	0,14	0,26	0,15	0,17	0,15	0,27	0,19	0,17	0,17	0,02	-20,0	8,3	11,5	7,1	3,8	26,7	0,0	13,3	.
Sachinvestitionen	6,49	7,10	7,54	0,78	1,36	1,69	2,66	0,84	1,53	1,82	2,91	1,06	1,46	- 4,4	9,4	6,2	7,7	12,5	7,7	9,4	26,2	- 4,6
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	10,23	11,20	11,38	1,49	1,80	2,79	4,15	1,38	2,10	3,06	4,66	1,50	2,19	- 1,1	9,5	1,6	- 7,4	16,7	9,7	12,3	8,7	4,3
an Gebietskörperschaften	7,62	8,11	8,28	0,93	1,29	2,21	3,19	0,81	1,60	2,41	3,29	0,81	1,71	11,5	6,4	2,1	-12,9	24,0	9,0	3,1	0,0	6,9
Sonstige	2,61	3,09	3,10	0,56	0,51	0,58	0,96	0,59	0,50	0,65	1,35	0,68	0,48	-23,3	18,4	0,3	5,4	- 2,0	12,1	40,6	15,3	- 4,0
Sonstige Vermögensüber- tragungen	1,47	2,19	2,96	0,21	0,51	0,21	0,54	0,34	0,49	0,33	1,03	0,38	0,79	- 3,8	49,0	35,2	61,9	- 3,9	57,1	90,7	11,8	61,2
Darlehen, Beteiligungen	5,11	3,89	6,86	0,49	0,92	0,78	2,92	0,56	0,63	1,06	1,64	2,80	1,54	37,8	-23,9	76,3	14,3	-31,5	35,9	56,2	500,0	244,4
Globalansätze	-	-	-0,72	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Saldo durchlaufender Mittel	+0,18	+0,13	.	+0,08	+0,04	+0,31	-0,25	+0,32	+0,07	-0,28	+0,02	-0,06	-0,04	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Finanzierungssaldo	-3,20	-10,34	-25,71	-1,09	+0,60	+0,38	-3,09	-3,02	-1,75	-2,45	-3,12	-11,32	-10,61	-	-	-	-	-	-	-	-	-

1) Abzüglich stillgelegter Steuereinnahmen in Höhe von 610 Mill. DM. — 2) Einschl. stillgelegter Steuereinnahmen in Höhe von 610 Mill. DM. — 3) Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder (1974: 0,75 Mrd. DM, 1975: Soll 0,83 Mrd. DM). — 4) Einschl. der Ergänzungszuweisungen an Länder (1974: 0,75 Mrd. DM, 1975: Soll 0,83 Mrd. DM). — 5) Ohne Investitionssteuer. — 6) Einschl. 5,34 Mrd. DM geplante Mehreinnahmen aufgrund der Anwendung der Revisionsklausel.

anderen hat sich auch der Preisanstieg bei den Staatskäufen verlangsamt. Ein Unterschreiten der Haushaltsansätze bei den Sachkäufen trifft in erster Linie die von der Rezession stark betroffenen Bereiche der Investitionsgüterindustrie und der Bauwirtschaft.

Wie erwartet, haben die Zinszahlungen als Folge der verstärkten Inanspruchnahme des Kapitalmarktes und des hohen Zinsniveaus der letzten Jahre kräftig zugenommen (+ 35 vH). Mittel- und langfristig werden die Zinsausgaben den Bundeshaushalt zunehmend belasten, da sie dann eine Größenordnung erreichen, die den Spielraum für Ausweitungen anderer Ausgabearten einengen.

Investitionsverhalten widerspricht konjunkturpolitischen Erfordernissen

Der Bund hat seine im Konjunkturprogramm vom Dezember dokumentierte Absicht, die Investitionsvorhaben für 1975 in das erste Halbjahr vorzuziehen, nur bedingt verwirklicht. Zwar war im ersten Quartal eine konjunkturpolitisch motivierte Steigerung der Sachinvestitionen — vorwiegend Bauausgaben — zu verzeichnen (+ 26 vH). Im zweiten Quartal nahmen die Investitionsausgaben gegenüber dem Vorjahr aber um 4,6 vH ab, so daß im Durchschnitt des ersten Halbjahres lediglich die Haushaltsvorgabe 1975 (+ 6 vH) erreicht wurde. Auch die Finanzierungshilfen für Investitionsvorhaben Dritter haben nicht stärker expandiert. Bei rund 3 vH Preissteigerungen verbleibt nur ein mäßiges reales Wachstum.

Die Investitionsrate der Bundesländer und Kommunen hat sich ähnlich entwickelt, wobei gerade das Investitionsvolumen der Gemeinden — auf diese entfallen rund zwei Drittel aller öffentlichen Sachinvestitionen — besonderes konjunkturpolitisches Gewicht hat. Mit einer Steigerung von 3 vH bei den Gemeinden und 4 vH bei den Ländern waren die Haushaltsansätze für 1975 äußerst restriktiv; sie standen offensichtlich unter dem Eindruck der zu erwartenden Einnahmeausfälle. Nach ersten Berichten haben sich die Ausgaben der Gemeinden für investive Zwecke bisher um etwa 5 vH gegenüber dem Vorjahr erhöht. Aber selbst diese Zuwachsrate zeichnet ein noch zu optimistisches Bild, denn das Investitionsniveau im ersten Halbjahr 1974 war vergleichsweise niedrig. Bei den kassenmäßigen Bauausgaben der Länder war bis Ende Mai eine Zunahme um 10 vH zu registrieren. Es ist jedoch zu befürchten, daß die Entwicklung bei allen Gebietskörperschaften im weiteren Jahresverlauf rückläufig sein wird. Für diese Annahme spricht der Index der Tiefbauaufträge, Frühindikator für die Realisierung dieser Investitionsvorhaben. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres sind die Aufträge der Gebietskörperschaften gegenüber dem Vorjahr um über 3 vH zurückgegangen: Bund: — 2 vH, Länder: — 1 vH, Gemeinden: — 5 vH.

Dieses prozyklische Verhalten der öffentlichen Hand steht eindeutig im Widerspruch zu den konjunkturpolitischen Erfordernissen. Kürzungen der Sach- und Investitionsausgaben verstärken multiplikativ die konjunkturelle Abschwächung. Auch ist angesichts der Investitionslücke bei Bund und Ländern zu vermuten, daß geplante Projekte aus den Kernhaushalten herausgenommen und in die Konjunkturprogramme einbezogen worden sind. Der Anreiz hierzu ist groß, weil dadurch Mittel aus der Konjunkturausgleichsrücklage bei der Bundesbank aufgelöst werden können. Damit wird die Parallele zur Rezession 1966/67 sichtbar: Auch damals wurden die Investitionsausgaben den konjunkturbedingten Mindereinnahmen unverzüglich angepaßt.

Ausblick

Für 1975 ist in den Haushaltsrechnungen von Bund, Ländern und Gemeinden ein Finanzierungsdefizit von rund 70 Mrd. DM zu erwarten. Allein beim Bund dürften die Einnahmen um über 40 Mrd. DM hinter den Ausgaben zurückbleiben; damit werden die bisherigen Prognosen weit übertroffen. Diese Defizite sind allerdings nur zum geringeren Teil Ausdruck einer aktiven Konjunkturpolitik. Neben der langfristig angelegten Steuer- und Kindergeldreform werden vor allem die automatischen Stabilisatoren wirksam. Sie beruhen einmal auf der Konjunktur reagibilität der Steuern, zum anderen schlagen sie sich auf der Ausgabenseite in den rapide ansteigenden Transferzahlungen des Bundes an die Bundesanstalt für Arbeit nieder.

Hingegen ist der Umfang der getroffenen konjunkturpolitischen Maßnahmen — soweit sie auf der Ausgabenseite ansetzen — vergleichsweise gering, obwohl gerade in der Rezession einem antizyklischen Einsatz der Haushaltsmittel vom Stabilitätsgesetz ein hoher Stellenwert eingeräumt wird. Doch offensichtlich kann sich diese Politik in einer ernsten Bewährungsprobe nicht durchsetzen. Die Gründe hierfür scheinen auch institutioneller Art zu sein: Einmal ist die Finanzmasse für öffentliche Investitionen auf drei verschiedene Haushaltsebenen verteilt, deren Verhalten nur schwer zu koordinieren ist; zum anderen ist die normative Bindung der Gemeinden an das Stabilitätsgesetz am geringsten, obwohl die Kommunen Hauptinvestor der öffentlichen Hand sind.

Zu befürchten ist, daß sich im zweiten Halbjahr das Auftragsloch bei den öffentlichen Investitionsvorhaben vergrößert. Weitere Kürzungen sind deshalb abzulehnen, vielmehr müßten in einem zusätzlichen Ausgabenprogramm Maßnahmen enthalten sein, die möglichst kurzfristig ausgabewirksam sind. Ein solches Programm sollte nicht nur auf Bund und Länder abgestellt sein, sondern in besonderem Maße die Gemeinden einbeziehen. Bei ihnen liegen nämlich noch aus Überhängen des vergangenen Jahres

vergabereife Projekte vor, die — wie auch Vorhaben des laufenden Jahres — mangels finanzieller Mittel zurückgestellt wurden und daher ohne große Verzögerungen jetzt durchgeführt werden könnten. Gemeinden, die in der Lage sind, solche Projekte nachzuweisen, sollten Sonderzuweisungen erhalten, die aus der Konjunkturausgleichsrücklage zu finanzieren wären. Im Vordergrund sollten dabei Investitionen mit möglichst geringen Folgekosten stehen (Umweltschutz, Modernisierungsmaßnahmen usw.).

In die Planung eines zusätzlichen Konjunkturprogramms sollten nur solche Vorhaben aufgenommen werden, die keine administrativ bedingten Schwierigkeiten erwarten lassen, damit die konjunkturellen Anstoßwirkungen nicht zu spät wirksam werden. Die Abwicklung der letzten Sonderprogramme hat die Erfahrung bestätigt, daß Verzögerungen in der Durchführung — entgegen dem Willen der konjunkturpolitischen Instanzen — eine schnelle Wirkung verhindert haben.

Zur Landreform in Entwicklungsländern

Lange Zeit konzentrierte sich die Förderung der Landwirtschaft in Entwicklungsländern auf eine Verbesserung der Saatgut- und Düngemittelversorgung, der Bewässerung und des Pflanzenschutzes. Technische Maßnahmen zur Ertragssteigerung sind zwar ein wesentlicher Beitrag zur Entwicklung der ländlichen Gebiete, sie reichen indes vielfach nicht aus, um Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger zu beseitigen. Es müßten vielmehr gesellschaftliche Veränderungen hinzukommen, insbesondere Landreformen, die Mängel in der Agrarstruktur beheben. Diese Erkenntnis hat Eingang gefunden in die seit geraumer Zeit von der Weltbank vorgeschlagene Neuorientierung der Entwicklungsstrategien.

Da die Konzentration von Eigentum und Kontrollrechten an Grund und Boden in nicht-industrialisierten Gesellschaften Hauptquelle politischen Einflusses ist, bedeuten Landreformen gleichzeitig die Veränderung der jeweiligen politischen Machtverhältnisse. Bisherige Bodenreformbestrebungen sind denn auch infolge des Widerstandes der im allgemeinen einflußreichen Klasse der Grundbesitzer über gesetzlich fixierte Ansätze häufig kaum hinausgekommen.

Dabei sind Landreformen in weiten Teilen der Dritten Welt dringlicher als je zuvor. Hierfür gibt es eine Reihe von Anhaltspunkten. So dürften für Asien vorliegende Informationen¹, denen zufolge sich der Prozeß der Konzentration von Grundeigentum im vergangenen Jahrzehnt verstärkt hat, auch für Regionen mit ähnlicher Agrarstruktur zutreffen. Dies ist umso bedeutsamer, als in den Entwicklungsländern das Einkommen des überwiegenden Teils der Bevölkerung in der Landwirtschaft entsteht. Hieran wird sich — trotz Industrialisierung — auch in der überschaubaren Zukunft nicht viel ändern. Zwar wird der Anteil der ländlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung im kommenden Jahrzehnt von 60 auf 52 vH abnehmen, absolut wird die ländliche Bevölkerung aber um durchschnittlich jährlich 1,4 vH, d. h. um nahezu 200 Millionen Menschen im Jahr zunehmen². Diese müssen zusätzlich mit Nahrungsmitteln und Arbeitsplätzen versorgt werden.

Eine verstärkte Förderung der ohnehin erheblichen Abwanderung vom Land würde einer Lösung des Ernährungs- und Beschäftigungsproblems kaum dienlich sein. Nach einer Schätzung für ausgewählte Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas wären — bei der bisherigen Sektorstruktur — jährliche Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts zwischen 9 und 11 vH erforderlich, damit die gesamte hinzukommende Erwerbsbevölkerung in Wirtschaftsbereichen außerhalb der Landwirtschaft beschäftigt werden könnte³. Die Landwirtschaft selbst ist bei den bestehenden Besitz- und Bewirtschaftungsverhältnissen nur begrenzt absorptionsfähig.

In den meisten Entwicklungsländern besitzt nach wie vor eine Minderheit von Grundeigentümern den überwiegenden Teil des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens. Da mittelgroße Landwirtschaftsbetriebe praktisch fehlen und der kultivierbare Boden zunehmend knapper wird, konzentriert sich der wachsende Bevölkerungsdruck häufig auf Betriebe, die weder eine rentable noch eine für die Ernährung der davon Abhängigen ausreichende Produktion ermöglichen. Als Folge dieser Entwicklung nehmen die Zahl der landlosen Bauern und die Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung zu, verstärkt sich die Überweidung und vermindert sich die Bodenfruchtbarkeit. Allen drei Entwicklungsregionen (Asien, Afrika und Lateinamerika) gemeinsam ist die mit dem wachsenden ländlichen Bevölkerungsdruck einhergehende, z. T. extreme Verarmung. Sollen aber Entwicklungsbemühungen für die Mehrheit der Bevölkerung spürbar sein, so muß neben den Zielen einer nachhaltigen Steigerung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums und der Beschäftigung auch die Verteilungsgerechtigkeit berücksichtigt werden.

¹ Vgl. W. Klatt, Asia after the World Food Conference. In: International Affairs, July 1975, S. 344 ff.

² In Lateinamerika und dem Fernen Osten hat sich das Wachstum der Landbevölkerung in den vergangenen drei Jahrzehnten trotz der Landflucht sogar noch beschleunigt.

³ Vgl. M. J. Sternberg, Agrarian Reform and Employment: Potentials and Problems. In: International Labour Review (Vol. 103) 1971, S. 453 ff.

Landwirtschaftliche Kennziffern für 45 Entwicklungsländer

	Jahr	Durchschnittl. Größe der landw. Betriebe (ha)	Landw. Erwerbsbev. je Hektar 1970	Dünge-mittel-verbrauch je Hektar 1972 (kg)	Gini-Koeffizient ¹⁾ der Verteilung von Grundeigentum
Afrika					
Ägypten	1960/61	1,6	1,92	169,00	0,674
Botswana	1968/69	4,7		31,40	
Gabun	1960	1,5	1,55	0,90	
Ghana	1970	3,2	0,74	1,04	
Kenia	1969	4,2	0,57	9,24	0,692
Kongo	1960/61	2,4	0,55	26,50	
Libyen	1960	26,6	0,06	4,29	
Madagaskar	1961/62	1,0	3,38	14,75	
Mali	1960	2,3	2,13	8,19	0,477
Marokko	1961	4,6	0,49	28,81	
Senegal	1960	3,6	1,22	15,57	
Togo	1970	1,4	1,82	6,69	
Tschad	1960/61	3,1	1,87	3,80	
Tunesien	1961/62	15,4	0,11	7,17	
Uganda	1963/64	3,3	0,84	1,94	
Zaire	1970/71	1,1	1,99	1,37	
Zentralafr. Rep.	1960/61	2,3	1,39	13,50	
Asien					
Indien	1960	2,5	1,19	21,80	0,607
Indonesien	1963	1,1	2,21	34,40	
Iran	1960	6,0	0,32	15,28	0,624
Irak	1971	9,7	0,19	4,27	
Korea, S.	1970	0,8	2,85	306,39	
Libanon	1961	2,4	1,14	182,22	
Malaysia	1961	4,3	1,04	85,10	
Nepal	1961/62	1,2	2,60	11,90	
Philippinen	1960	3,6	1,23	24,85	0,580
Sri Lanka	1962	1,6	1,12	53,80	
Thailand	1963	3,5	1,21	14,34	
Türkei	1963	5,0	0,64	37,82	0,611
Lateinamerika					
Argentinien	1969	270,1	0,01	0,60	0,873
Brasilien	1970	59,4	0,04	5,32	0,845
Chile	1965	118,5	0,03	4,75	
Costa Rica	1963	40,7	0,09	23,89	0,782
Dominik. Rep.	1971	8,6	0,27	22,41	0,802
El Salvador	1961	7,0	0,36	56,19	0,827
Guatemala	1964	8,2	0,29	10,99	0,860
Jamaika	1968/69	3,2	0,29	37,21	
Kolumbien	1960	22,6	0,10	9,84	0,865
Mexiko	1970	142,3	0,04	4,97	0,694
Nikaragua	1963	37,3	0,09	7,65	0,801
Paraguay	1961	108,7	0,02	0,29	
Peru	1961	20,4	0,10	6,88	0,947
Surinam	1969	5,8	0,29	42,62	
Uruguay	1970	214,1	0,01	3,70	0,833
Venezuela	1961	81,2	0,03	2,91	0,936

1) Maß für die Abweichung von einer Gleichverteilung. Je größer der Gini-Koeffizient ist, um so ungleichmäßiger ist die Verteilung.

Quellen: International Bank for Reconstruction and Development (IBRD), Washington 1974; FAO, Production Yearbook 1973; C. L. Taylor und M. C. Hudson, World Handbook of Political and Social Indicators (2. ed.) New Haven und London 1972.

Nun ist a priori freilich nicht auszuschließen, daß im Zuge von Bemühungen um mehr Verteilungsgerechtigkeit konkurrierende Ziele wie etwa die Steigerung der landwirtschaftlichen Flächenproduktivität beeinträchtigt werden⁴. Derartige negative Auswirkungen dürften aber, sofern sie überhaupt auftreten, nur kurzfristiger Natur sein. Daß Landreformen auf längere Frist produktivitätsfördernd wirken, läßt sich durch Vergleich der Produktivität in jeweils längeren Zeitspannen vor und nach der Reform abschätzen. Zwar sind Vergleiche dieser Art nur schwer anzustellen, denn je langfristiger Landreformen angelegt und je marginaler die Veränderungen sind, um so weniger eindeutig läßt sich ihre Wirkung auf die landwirtschaftliche Produktivität nachweisen. Dennoch gibt es eine Reihe von Hin-

weisen für positive Produktivitätseffekte von Landreformen. So lag der Zuwachs der Getreide-Hektarerträge in Ländern mit durchgreifenden Landreformen wie Ägypten, Chile, Kenia, Korea und Taiwan im Zeitraum 1948/52–1968/72 über dem jeweiligen Regionendurchschnitt. In den sechziger Jahren konnten diese Länder ihre Hektarerträge um mehr als 3 vH jährlich steigern; dieser Zuwachs war damit weit höher als der Entwicklungsländerdurchschnitt von 1,3 vH. Ähnlich positive Produktivitätswirkungen wurden im Falle Mexikos und Pakistans festgestellt⁵. Weitere Hinweise auf Produktivitätswirkungen von Landreformen geben Vergleiche zwischen landwirtschaftlichen Betrieben verschiedener Größe. So lagen 1966/67 die Reis-Hektarerträge in Sri Lanka, einem Land mit kleinbetrieblicher Struktur (1966/67 betrug die durchschnittliche Betriebsgröße 1,6 ha), bei landwirtschaftlichen Betrieben mit einer Anbaufläche bis zu einem halben Hektar um durchschnittlich 9 vH über denen aller größeren Betriebe. Für die Philippinen und das zentrale Thailand fallen Produktivitätsvergleiche sogar noch günstiger für die kleinbäuerlichen Betriebe aus. In ausgewählten Ländern Lateinamerikas schließlich war die Flächenproduktivität der jeweils kleinsten Landwirtschaftsbetriebe bis zu vierzehnmal höher als die der größten Betriebe.

Die höhere Flächenproduktivität ist die Folge arbeitsintensiver Bewirtschaftung. Im indischen Bundesstaat Punjab etwa übertraf 1968 der Arbeitseinsatz je Hektar bei landwirtschaftlichen Betrieben mit weniger als 12 Hektar um durchschnittlich zwei Drittel den größerer Betriebe. In Kolumbien lag 1960 der Arbeitseinsatz je Hektar bei kleinen Landwirtschaftsbetrieben (unter 0,5 Hektar) nahezu 16mal über dem großer Betriebe (500–1 000 Hektar). Für Argentinien, Brasilien, Chile und Guatemala vorliegende Schätzungen besagen, daß die Zahl der Landarbeiter je Hektar in den jeweils kleinsten landwirtschaftlichen Betrieben 30 bis 60mal größer war als auf den jeweils größten. Der positive Beschäftigungseffekt einer Umverteilung von Grund und Boden geht allerdings mit der Abnahme der Arbeitsproduktivität einher. Höher ist indes zu bewerten, daß das in der Landwirtschaft geschaffene Einkommen gleichmäßiger verteilt ist als zuvor.

⁴ Im Irak z. B. zeigte sich nach dem Inkrafttreten der Agrarreformgesetze (1958), daß Bauern, die zuvor als Teilpächter bis zu 70 vH ihrer landwirtschaftlichen Produktion an den Grundeigentümer abgeben mußten und nunmehr als Landeigentümer in erheblich geringerem Umfang vom Staat besteuert wurden, unmittelbar nach der Reform weniger produzierten als zuvor.

⁵ Vgl. Pakistan Institute of Development Economics, An Abstract of Economic and Demographic Research, o. O. 1975; International Bank for Reconstruction and Development (IBRD), Land Reform, Washington 1974; D. W. Adams, The Economics of Land Reform in Latin America and the Role of Aid Agencies, A.I.D. Discussion Paper No. 21, Washington 1969; Inter-American Development Bank, Socio-Economic Progress in Latin America, Annual Report 1968, Washington 1969.

Landwirtschaftliches Produktionsergebnis je Hektar nach Betriebsgrößen für ausgewählte Länder Lateinamerikas

Land	Jahr	Kleinste Landwirt.- betriebe	Größe Landwirt.- betriebe	Verhältnis der Spalten (2) und (3)
		In nationaler Währung		
	(1)	(2)	(3)	
Argentinien . . .	1960	2 492	304	8,2
Brasilien	1950	1 498	170	8,8
Chile	1955	334	41	8,2
Ecuador	1954	1 862	660	2,8
Guatemala	1950	63	16	3,9
Kolumbien	1960	1 198	84	14,3

Quelle: IBRD, Land Reform, Washington 1974.

Wird die Änderung der Grundbesitzverhältnisse in Entwicklungsländern als eine der Voraussetzungen für Produktivitätssteigerung, Entschärfung des Beschäftigungsproblems und mehr Verteilungsgerechtigkeit anerkannt, so sollten u. a. folgende Maßnahmen durchgeführt werden:

- Flächenreduzierung bei Großbetrieben;
- Ausstattung landloser Bauern mit eigenem, ertragreichem Boden;
- Aufstockung unrentabler Familienbetriebe (Subsistenzwirtschaften);
- Beseitigung unbefriedigender Pachtverhältnisse (Senkung der Pachtpreise, Erhöhung der Pacht-Sicherheit);
- Progressive Ausgestaltung der Bodensteuern;
- Schaffung günstiger Kreditfazilitäten für Kleinbauern und Pächter;
- Verstärkte Zusammenarbeit auf genossenschaftlicher Basis;

- Aufbau eines Katasterwesens, ohne das eine Landreform praktisch nicht realisierbar ist.

Die einzuleitenden Maßnahmen zur Landreform müssen der jeweiligen Agrarverfassung angepaßt sein. Je nach dem sozio-ökonomischen Hintergrund sind also verschiedene Lösungen in Betracht zu ziehen. So erfordert die Agrarverfassung Asiens — sie ist durch grundbesitzende Kleinbauern und Großgrundbesitzer, deren Land von Kleinpächtern bewirtschaftet wird, gekennzeichnet — eine andere Art von Landreform als die Agrarverfassungen Afrikas südlich der Sahara mit Stammes- und Gemeineigentum an Grund und Boden und Lateinamerikas mit einem weitaus überwiegenden Anteil an Großgrundbesitz, der im wesentlichen von Landarbeitern bewirtschaftet wird⁶. Hinzu kommt, daß in relativ dünnbesiedelten Regionen mit starker Grundeigentumskonzentration wie in Lateinamerika die Voraussetzungen für eine Aufstockung flächenmäßig unrentabler Landwirtschaftsbetriebe günstiger sind als in dichtbesiedelten⁷.

Dies zeigt, daß die Landreformen über den Agrarbereich hinausreichende Dimensionen haben. Denn die Ernährung und Beschäftigung von Menschen erfordert flankierende Maßnahmen in anderen Wirtschaftsbereichen, wenn sich bei einer relativ gleichmäßigen Verteilung von Land keine rentablen Betriebsgrößen erreichen lassen.

⁶ Vgl. O. Schiller, Probleme der Landreform in Entwicklungsländern. In: Die Stellung von Landwirtschaft und Industrie im Wachstumsprozeß der Entwicklungsländer, Berlin 1965, S. 11 ff.

⁷ In Bangladesh etwa würde selbst die Festsetzung einer Obergrenze für Grundeigentum bei nur 4 Hektar nicht ausreichen, alle Kleinstbetriebe auf eine Mindestgröße von 0,8 Hektar anzuheben.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5

Tel. (030) 8 29 11 — telex 01 83247 diwbl

Präsident: Dr. Karl König

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Günther John, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Kregel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Bundeshaushalt 1975: Defizit nimmt konjunkturbedingt zu bearbeitet von Dieter Teichmann und Dieter Vesper. — Zur Landreform in Entwicklungsländern bearbeitet von Hans Bokermann.

Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9, Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangaben zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Bürotechnik Berlin, 1 Berlin 36, Muskauer Str. 43
Bezugspreis für den Jahrgang DM 50,—, vierteljährlich DM 15,—, Einzelnummer DM 2,—.

— Hierzu ein Prospekt des Verlages Duncker & Humblot —